



Vorstand komba nrw Fachbereich Feuerwehr im Gespräch mit der SPD Landtagsfraktion

Zu einem Meinungsaustausch in Feuerwehrfragen trafen sich am 14. Juni 2011 die Mitglieder des noch amtierenden Fachbereichsvorstandes Feuerwehr, die Kollegen Norbert Brewer, Thorsten Fuchs, Dirk Stratmann und Peter Grafenschaefel, unterstützt von den Kollegen Eckhard Schwill und Antje Kümmer, mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Hans-Willi Körfges.



v.l.n.r.: Eckhard Schwill, Dirk Stratmann, Norbert Brewer, Hans-Willi Körfges, Thorsten Fuchs und Peter Grafenschaefel

Folgende Themen wurden angesprochen:

1. Verbesserung bzw. Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten für Beamte in HSK Kommunen
komba gewerkschaft nrw fordert, dass der Runderlass vom 06.03.2009 „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ dringend angepasst werden muss. Beförderungen von Beamten in überschuldeten Gemeinden, wie z. B. Hagen, Wuppertal oder Oberhausen, müssen möglich werden. Ebenso ist das Beförderungsbudget von derzeit 1 Prozent auszuweiten. Die Frustration der Beamten gerade in überschuldeten Kommunen ist riesengroß und kann so nicht mehr hingenommen werden. Es müssen Perspektiven geschaffen werden, die Beförderungsmöglichkeiten eröffnen. Herr Körfges sicherte zu, sich für eine Änderung des Runderlasses einzusetzen, machte aber auch deutlich, dass hierbei große Schwierigkeiten bestehen.

2. Anhebung der Feuerwehrzulage und Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit

Seit dem 01.01.2011 ist die Feuerwehrzulage für alle Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes nicht mehr ruhegehaltsfähig. Die Situation kann aus Sicht der **komba gewerkschaft nrw** nicht aufrechterhalten werden. Von daher fordert die **komba gewerkschaft nrw** die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit, indem für alle Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes die Zulage



in das Grundgehalt einbezogen und auf einen Betrag von 200 Euro angehoben wird. Zudem muss eine Übergangsregelung für die Feuerwehrbeamten geschaffen werden, die bis zu einer möglichen Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit in den Ruhestand treten. Herr Körfges deutete an, dass mit der Umsetzung der Dienstrechtsreform das Problem gelöst werden könne. Eckpunkte zur kommenden Dienstrechtsreform werden voraussichtlich Ende 2011 vorgelegt. Ähnlich wie bei der Novellierung des LPVG ist geplant, mit den Gewerkschaften in den Dialog zu treten. Wie die Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehrzulage wiederhergestellt werden kann, ob durch Einbeziehung in das Grundgehalt oder durch andere Maßnahmen, wurde von Herrn Körfges offen gelassen. Ob und inwieweit durch ein Vorschaltgesetz eine Übergangslösung für die jetzt ausscheidenden Beamten geschaffen werden kann, ließ Herr Körfges ebenfalls offen. Er versprach, diese Forderung in die kommenden Beratungen einzubeziehen.

3. Erhöhung der Nachtdienstzulage für Feuerwehrbeamte

In Bayern ist zum Jahreswechsel die Zulage für den Nachtdienst von Polizei- und Feuerwehrbeamten von 1,28 Euro auf 2,56 Euro angehoben worden. **komba gewerkschaft nrw** fordert eine gleiche Regelung für das Land NRW. Herr Körfges wies auf die schwierige Finanzsituation des Landes hin, versprach aber, auch diesen Punkt in die kommende Diskussion mit einzubringen.

4. Verbesserung der Dienstunfallversorgung

komba gewerkschaft nrw fordert, dass zukünftig Unfälle im Einsatzdienst der Feuerwehr als qualifizierte Dienstunfälle anerkannt werden. Das Beispiel des tödlich verunglückten Kollegen aus Paderborn zeigt, dass hier eine Regelungslücke vorhanden ist, die dringen zugunsten der Feuerwehrbeamten geschlossen werden muss. Herr Körfges deutete an, dass die rechtliche Lösung des Problem sehr schwierig sei, machte aber deutlich, dass unter Umständen eine andere Lösung gefunden werden kann, um zumindest eine finanzielle Unterstützung in den geschilderten Fällen zu erhalten. Für den Haushalt 2012 kündigte Herr Körfges an eine Lösung zu finden.

5. Nachwuchsgewinnung im Feuerwehrbereich

In allen Laufbahngruppen der Feuerwehr wird es zunehmend schwierig, qualifiziertes Personal zu finden. Aus diesem Grund fordert die **komba gewerkschaft nrw**, dass die Ausbildung im Feuerwehrbereich nicht in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf, sondern vielmehr in einem Beamtenverhältnis auf Probe erfolgt und damit die vollen Beamtenbezüge gezahlt werden können. Herr Körfges sah die Problematik ähnlich: Er ist der Auffassung, dass dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu verbessern. Nur so kann eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung möglich sein.

Alle Seiten waren sich einig, dass der konstruktive Dialog weiter fortgesetzt wird.